

Mittelstand

Hol dir, was dir zusteht!

Es ist ein Wahnsinn, wie die eigentlichen Leistungsträger Österreichs in diesem Wahlkampf bisher unter den Tisch fallen. Aber jetzt erhebt der Mittelstand seine Stimme. Einleitung und Kommentar zu einer Umfrage-Reihe mit namhaften Unternehmerinnen und Unternehmern von Wolfgang Lusak.



Anlässlich des bereits laufenden Nationalrats-Wahlkampfes muss der Dominanz der medialen und emotionalen Top-Themen wie Asylwelle, Terror, Mindestsicherung, Pensionen etc. entgegengewirkt und der Fokus wieder auf denjenigen Gesellschaftsteil gebracht werden, der alles zusammenhält und mit seinen Stimmen die Wahl entscheiden kann.

Es ist der Mittelstand, der mit all seinen Mitarbeitern und Partnern trotz massiver Behinderungen mit Innovationen und Projekten neue Produkte und Arbeitsplätze schafft und den Großteil der Steuern schultert. Es ist unverantwortlich, wie wenig die einzige noch gut funktionierende Kraftquelle der Wirtschaft und Gesellschaft gehört wird bzw. wie leise sich ihre offiziellen Interessenvertretungen zu Wort melden. Es ist unfassbar, wie schamlos angesichts riesiger Staatsverschuldung, unfairer Klientel-Bevorzugung und fehlender Verwaltungsreform weitere teure „Wahlzuckerln“ aus dem Hut gezaubert werden, ohne diejenigen zu berücksichtigen, die das Ganze zu zahlen haben.

Deshalb folgt nun nach den Interviews mit den Parteichefs zum Thema Mittelstand die Meinung von hochkarätigen KMU-Führungskräften und Selbständigen, welche ja generell die Spitze der Gemeinschaft der Werte Leistung, Eigentum, Nachhaltigkeit und Fairness bilden. Mit diesen Stimmen des Mittelstand kommen recht unterschiedliche Branchen und Betriebsgrößen zu Wort, sie wurden vor allem um die Beantwortung von zwei konkreten Fragen gebeten, wobei sie von ihrer individuellen Situation ausgehen konnten:

1. Was sollte die Politik bzw. die zukünftige Regierung tun, damit der Mittelstand die notwendigen besseren Rahmenbedingungen bekommt?
2. Was kann der einzelne Unternehmer/ die einzelne Unternehmerin tun, um sich mit seinem/ihrem Betrieb besser durchzusetzen?

Zusammenfassend kann man sagen, der Mittelstand verlangt nur Selbstverständliches und Notwendiges: Entbürokratisierung, bessere Möglichkeiten für Eigenkapital-Aufbau, Abschaffung der Registrierkassen-Regelung, Arbeitszeit-Flexibilisierung, Steuersenkungen bzw. Steuergerechtigkeit vor allem gegenüber Konzernen, besser ausgebildeten Nachwuchs und generell gute Rahmenbedingungen.

Aufruf an engagierte Mittelständler

Liebe Leser, Unternehmer und Mittelstands-Angehörige! Sie können gerne auch selbst noch Ihre Meinung beisteuern, da gute Beiträge bis zur Wahl am 17. Oktober auch im Blog der Mittelstands-Plattform „Lobby der Mitte“ (unter <http://www.lobbydermitte.at/lobbyblog/>) veröffentlicht werden. Mailen Sie Ihre Meinung unter dem Stichwort „Stimmen des Mittel-

stands“ an b.salomon@a3verlag.com oder office@lusak.at. Und nicht vergessen, falls Sie sich als Angehörige/n der Wertegemeinschaft Mittelstand sehen: Sie sind nicht allein – 32 Prozent der Bevölkerung zählen sich dazu! Wenn die Politik bzw. die nächste Regierung auf diese notwendige und selbstverständliche Aufforderung des Mittelstandes nach fairer Behandlung wieder nicht reagiert, kann es wohl geschehen, dass er unter Führung der KMU die schon oft geäußerten Drohungen mit Aktionen wie Demonstrationen, eigenen Parteigründungen oder gar Steuerstreiks etc. wahr macht.



ZUR PERSON

Wolfgang Lusak ist Unternehmensberater, Lobby-Coach und Betreiber der Plattform „Lobby der Mitte“.

www.lobbydermitte.at
www.lusak.at
office@lusak.at
 Tel.: 01/ 315 45 36

Stimmen des Mittelstands zur kommenden Nationalratswahl

Das sollte die Politik bzw. die zukünftige Regierung tun, damit der Mittelstand die notwendigen besseren Rahmenbedingungen bekommt:

Friedrich Riess, GF Produktion & Technik der RIESS KELOmat GmbH



Zuerst zum Grundsätzlichen: Jeder Politiker sollte wissen, dass der Mittelstand die wichtigste wirtschaftliche und gesellschaftliche Kraftquelle des Landes ist. Trotzdem wird er zunehmend vernachlässigt und ausgebeutet. Weil er einfach keine Interessenvertretung hat:

Die Wirtschaftskammer ist zwar eine Institution für alle Betriebe, aber die Größeren sind ihr wichtiger.

Die Arbeiterkammer vertritt auch nicht die Interessen der Mitarbeiter mit ihren Arbeitsplätzen, sondern die Interessen der dort agierenden Funktionäre.

Die Gewerkschaft sucht das Heil in der Vertretung derjenigen, die nicht arbeiten und nur viel Geld erhalten wollen.

Die Regierung fördert die billigen Produkte, die in Billiglohnländern produziert werden, sogar mit unseren Steuergeldern, da die Kriterien Nachhaltigkeit und Regionalität in öffentlichen Ausschreibungen gar nicht vorkommen.

Forderungen und Punkte, die mich mit meinem Betrieb am meisten stören und behindern:

Bessere Ausbildung schaffen! Gut ausgebildete Mitarbeiter sind Mangelware und der Beruf von der Pike auf wird nicht gefördert. Ein Problem verfehlter Bildungspolitik ist das ständige Herunternivellieren der Ausbildung und die Möglichkeit „Karriere mit Lehre“ hat immer noch viel zu wenig Stellenwert.

Eigenkapital-Aufbau erleichtern! Durch die derzeitige Finanz- und Bankpolitik ist das nicht möglich, denn die noch immer bestehende Regelung mit Basel IV lässt Kredite nur dann zu, wenn die Sicherheiten 3-fach höher sind als der Geldbedarf und da zählen Gebäude (in Regionen wie der unseren), Lagerbestände und Kundenforderungen nicht dazu.

Schluss mit der Bürokratie und dem „Vurschrift ist Vurschrift“-Agieren! Die unverhältnismäßig strenge Auslegung von immer mehr bürokratischen Regulierungen und Vorgaben bezüglich Betriebsanlagen und Arbeitnehmern zerstören effiziente Arbeitsvorgänge, notwendige Wettbewerbsfähigkeit und verursachen gewaltige Zeitaufwendungen und Kosten. Da wird es immer schwieriger, den Standort in Österreich zu halten.

Steuergerechtigkeit! Solange Konzerne vor Steuerpflichten leider legal flüchten können, besteht keine Chancengleichheit. Auch Gewinne in KMU sollten erst dann besteuert werden, wenn sie entnommen werden! So bleibt das Geld im Unternehmen für Investitionen!

Ende der Benachteiligung bei öffentlichen Ausschreibungen und Auftragszugängen! Da alle öffentlichen Aufträge mit unseren Steuergeldern bezahlt werden, sollten KMU bei Aufträgen – solange sie im Inland erfolgen – bevorzugt werden. Basis könnte ein Vergleich der Personalkosten pro Arbeitsstunde sein.

Keine Bevorzugung für Importware! Viele Unternehmen werden von den Barrieren des Parteien-/Kammer-/Sozialpartnerstaates, also von Politik, Verwaltung, Verbänden etc. zurückgeworfen, da Regeln eingehalten werden müssen, die für importierte Produkte nicht gelten!

Mehr Mittelstand im Staat! Es gibt zu wenige Vertretungen des Mittelstands in Verbänden, Parteien, Gesetzgebungs-Gremien (Landtage/NR), daher auch geringere Durchsetzungskraft bez. Rahmenbedingungen.

Aus für Kriminalisierung der KMU! Um Mitarbeiter zu bekommen, zu halten sowie Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen, überschreiten KMU oft starre gesetzliche Vorgaben und werden dabei mit unverhältnismäßigen Strafen bedroht.

Nachhaltigkeit belohnen! Leider wird Umweltschutz und Nachhaltigkeit bestraft, denn z. B. stellen wir von Riess-Kelomat unsere Energie zu 100 Prozent mit eigener, erneuerbarer Kleinwasserkraft her, dennoch müssen wir für den selbst hergestellten, teuren Strom noch Energiesteuer bezahlen!

Annemarie Harant und Bettina Steinbrugger, Gründerinnen erdbeerwoche GmbH für nachhaltige Frauenhygiene



Steuersystem vereinfachen, Steuern für Jungunternehmen senken, Doppelbesteuerung vermeiden und Steuerschlupflöcher für Großkonzerne schließen:

Als Jungunternehmerin alle Steuern und Abgaben,

die wir monatlich zu leisten haben, zu durchblicken, ist eine eigene Wissenschaft. Der Verwaltungsaufwand und die Kosten, die anfallen allein um die monatliche Umsatzsteuervoranmeldung korrekt abzugeben, sind für viele Kleinunternehmen kaum zu stemmen. Ist man in Österreich selbständig und geht gleichzeitig einer Beschäftigung in Angestelltenform nach, wird dies mit einer Doppelbesteuerung und im schlimmsten Fall auch mit einer unnötigen Doppelversicherung bestraft. Hingegen wird es finanziell belohnt, wenn man seinen Angestelltenjob kündigt und stattdessen auf Kosten des AMS (und somit der Allgemeinheit) einen Unternehmensgründungskurs besucht.

Vereinheitlichung von Gesetzen, Richtlinien und Regelungen in der EU: Man möchte meinen, dass in einer gemeinsamen europäischen Union für ein (u. a. digitales, in mehrere Länder exportie-

rendes) Unternehmen einheitliche Gesetze und Richtlinien gelten. Dem ist nicht so! Allein für den Onlinehandel gelten in jedem europäischen Land (u. a. auch in Österreich) andere Vorgaben in puncto Produktkennzeichnungsrichtlinie, Verpackungsverordnung, Werberichtlinien, Verbraucherrechtsschutz etc. Anstelle einer zentralen Anlaufstelle und eines europaweit gültigen Gesetzes können sich hier Unternehmen durch einen Dschungel an nationalen Vorgaben und Richtlinien ackern, wo oftmals nicht mal die zuständigen Landesbehörden wirklich Bescheid wissen, was nun tatsächlich gilt.

Arbeitszeitgesetz und Kollektivverträge entstauben: Die Kollektivverträge aus dem Jahre Schnee zwingen sowohl ArbeitgeberInnen als auch ArbeitnehmerInnen in ein Korsett, das moderne, flexible Arbeitsmodelle wie Home Office und freie Zeiteinteilung nahezu unmöglich macht. Auch wenn diese Verträge zum Arbeitnehmerschutz für gewisse Großbetriebe sicherlich Sinn machen, ist es seltsam, dass junge, moderne Unternehmen denselben Kollektivverträgen unterliegen. Ein Beispiel: Wir als E-Commerce-Plattform unterliegen dem Handels-Kollektivvertrag, obwohl wir mit einer Supermarktkette ungefähr genauso viel gemeinsam haben wie mit einem Baukonzern. Trotzdem gelten für uns dieselben Vorgaben und Gesetze, für die es einen eigenen Arbeitsrechtsexperten benötigt, um besagte Vorgaben zu durchblicken und zu erfüllen.

Erich Falkner, Gründer und Eigentümer der Marketing-Agentur falknereiss

Die Forderungen der KMU sollten mittlerweile selbst dem ignorantesten Entscheidungsträger bekannt sein. Man muss sich also eher die Frage stellen, warum sie nicht schon längst Zug um Zug erfüllt werden.



Darauf fallen mir nur drei mögliche Antworten ein:

Der Mittelstand überschätzt in den Augen der Verantwortlichen seine Bedeutung und sie betrachten daher dessen Forderungen als selbstmitleidig und ungerechtfertigt.

Die Politik ist anhaltend mit sich selbst und anderen Begehrlichkeiten dermaßen beschäftigt, dass sie sich nicht entsprechend

um diese brisante Thematik kümmern kann und will. Oder der Staat kann es sich schlicht und einfach nicht leisten, die berechtigten Forderungen der KMUs zu erfüllen, weil er dadurch eine seiner wichtigsten Einnahmequellen schwächen würde.

In jedem Fall scheint es höchste Zeit, dass der Mittelstand nicht nur seine Forderungen immer und immer wieder gebetsmühlenartig wiederholt, sondern endlich seine Bedeutung und Entschlossenheit deutlich sichtbar und spürbar demonstriert. Und zwar auf kollektiver als auch individueller Ebene."

Willibald Hilbinger, Geschäftsführer der duomet GmbH

Attraktive Standortbedingungen schaffen: Während Soft Facts wie intakte Umwelt und Sozial- und Gesundheitssystem für Österreich sprechen, sind die überbordende staatliche Bürokratie und Willkür (z. B. Krankenkassen) sowie das Unternehmer-Bashing (Verunglimpfen als Ausbeuter) wohl nicht geeignet, eine unternehmerische Gesinnung zu fördern und junge Menschen zu ermutigen, für's halbe Geld doppelt so viel zu leisten.

Es fehlt uns eine Kultur des Scheiterns, daher haben wir so viele faule Feiglinge.

Förderabwicklungen sind extrem kompliziert und damit teuer (z. B. drei Vergleichsangebote zum er-



teilten Auftrag bei EU-cofinanzierten Projekten): Wiedereinführung des früheren IFB (Investitionsfreibetrags) von 20% = aktive Investitionsförderung, Stärkung der Eigenkapitalbildung, keine administrativen Mehrkosten.

Die Forschungsprämien sind nur für Großbetriebe attraktiv, da KMUs nicht die nötige personelle/administrative Struktur aufweisen und die geforderte Dokumentation nicht leisten können.

Völlig falsche öffentliche Diskussion von zu geringer Akademiker-Quote: Bei stark sinkenden Geburtenraten und anhaltendem Trend zum Besuch höherer Schulen gehen uns die Lehrlinge aus – „mehr Meister und weniger Master“ brauchen wir! (Siehe meinen Verein „ARGE Lehrbetriebe Ybbstal“.) Fehlen uns in Zukunft

die Fachkräfte, werden wir Produktionen nicht in Ö halten können. Nicht Lehre oder Matura, sondern Lehre mit Matura (+ FH etc.) müssen wir anstreben. Wir müssen das Image der Fachkräfte heben, um Lehrberufe wieder attraktiver zu machen.

Die Digitalisierung betrifft uns alle und darf nicht als Jobkiller verstanden werden – hier hinken die Schulen in der Ausbildung nach. Wir brauchen eine bessere Kooperation zwischen Schulen und Betrieben und insbesondere für KMUs gemeinsam nutzbare Forschungsstätten – Vorstellung der Idee des Zukunftscampus Waidhofen/Ybbs. Die Chance von KMUs liegt in der Kooperation!

Kuno Haas, Geschäftsführer und Gesellschafter der Firma GRÜNE ERDE



Wir brauchen deutlich verstärkte Maßnahmen(pakete) in Richtung Garantien und Haftungen durch die öffentliche Hand (z.B. durch die aws). Kredite durch Banken und/oder Private – Haftungen durch die aws! Warum: EPU, Micros und KMU „investieren“ künftig weniger in Grundstücke, Hallen, Maschinen und Rohstoffe (wie in der Vergan-

genheit), sondern verstärkt in Mitarbeiter (Aus-, Fort- und Weiterbildung), Forschung und Entwicklung (Patente, Muster, Design, Marken, ...), Prozesse, Märkte/Vertriebsstrukturen. Diese „Dinge“ sind gemäß Basel III (und Basel IV) als Sicherheiten für Kredite nicht geeignet. Der FirmenWERT steht ebenfalls nicht zur Verfügung, weil nicht bilanzierbar.

Das Genossenschaftsrecht gehört dringend reformiert, mit der zentralen Forderung nach Abschaffung der Haftung im Ausmaß

der Einlage (wie in Deutschland). Da wir uns in einer nicht unähnlichen Situation wie 1869/70 befinden (großer Finanzbedarf – keine Finanzierungen), könnten Genossenschaften eine ähnlich zentrale Rolle einnehmen wie bei der Gründung der Genossenschaftsbewegung. DIE Genossenschaft ist einfach in der Gründung (wie ein Verein), „lean“ in der laufenden Verwaltung, kennt keine Mindest-KöSt, ist auf langfristigen Bestand angelegt und ermöglicht das Ziehen vieler an einem Strang bei maximaler innergesellschaftlicher Demokratie und damit Mitwirkungsmöglichkeit des einzelnen Genossenschafters.

Reduzierung der Komplexität in allen Gesetzesbereichen: Gewerberecht, Betriebsanlagenrecht, Arbeits- und Sozialrecht, ... Aktuell steht jeder KMU-Geschäftsführer mit einem Bein im Kriminal. Und das aus Unwissenheit, weil die Summe der Normen und Vorschriften nicht mehr überblickbar ist. Obwohl über diesen letzten Punkt scheinbar Konsens über alle politischen Parteien hinweg besteht, wird es von Tag zu Tag komplexer.

Michaela Reitterer, Eigentümerin des Boutiquehotels Stadthalle & Präsidentin der Österreichischen Hotelierversammlung



Mittelstandspolitik betreiben: In Wahrheit etwas relativ Simplex: Konzentrieren wir uns auf unsere Stärken. Umgemünzt auf Österreich heißt das: Lasst uns doch bitte wieder Politik für den unternehmerischen Mittelstand machen. In einem Land, in dem 99,7 Prozent der Betriebe KMU sind, grenzt alles andere an grobe Fahrlässigkeit. Ich

glaube, dass wir in diesem Punkt noch einige Luft nach oben haben bzw. Prioritäten neu setzen müssen.

Lebensgrundlagen erhalten statt sich mit sexy Federn schmücken: Momentan ist alles rund um Start-ups, Digitalisierung & Co. sehr en vogue und sexy, kurz: Federn, mit denen man sich gerne schmückt. Ich bitte mich jetzt nicht falsch zu verstehen,

das sind wichtige und zentrale Felder für Österreichs unternehmerische Zukunft – aber runtergebrochen läuft es auf das hinaus: Eine erfolgreiche App macht die Firmengründer reich, während ein erfolgreiches KMU die Lebensgrundlage für ganze Regionen schafft. Das sollte man immer im Hinterkopf behalten, wenn man Politik macht!

Tourismus mitdenken: Und genau das wünsche ich mir auch für die Hotellerie und den Tourismus. Sobald über neue Rahmenbedingungen und Regelungen diskutiert wird, sollte es mindestens eine Person in der Regierung geben, bei der ein rotes Licht angeht und die sich denkt: „Stopp, was heißt das nun genau für den Tourismus? Wie wirkt sich das aus und sollten wir das nicht vielleicht noch mal neu überdenken?“ Hier ist es wichtig, dass das Mindset noch mehr geschärft wird, aber keine Sorge, daran arbeiten wir ...

Starke Stimmen

Unter den heimischen Unternehmern herrscht eine große Verdrossenheit. Die Interessen von Klein- und Mittelunternehmen (KMU) werden politisch kaum beachtet beziehungsweise oftmals sogar sabotiert. In relevanten Wirtschaftsgremien und Interessensverbänden sitzen nur wenige KMU-Vertreter und das politische Hick-Hack der vergangenen Jahre verhinderte jegliche Verbesserung des Arbeitsumfelds für die mittelständische Wirtschaft. Die Politik bekennt sich zwar verbal zum Mittelstand, die



Birgit Salomon
b.salomon@a3verlag.com

belastenden gesetzlichen Regelungen sind trotzdem nicht angegangen worden. Stichworte: überwuchernde Bürokratie, Steuer- und Abgabenlast, starre Arbeitszeitregelungen, Bildungs-Reform uvm ...

Dabei werden in Österreich von den mittelständischen Betrieben 64 Prozent aller Umsätze generiert, mit 68 Prozent die meisten Arbeitsplätze geschaffen und die größte Steuerlast getragen. Eine gewichtige Gruppe, nur scheint das die politischen Entscheidungsträger nicht zu interessieren, so der einhellige Tenor der Betroffenen. Rechtzeitig vor der Nationalratswahl 2017 erhebt der Mittelstand seine Stimme und formuliert seine Forderungen

und Wünsche an die künftige Regierung. a3ECO lässt in Kooperation mit der Mittelstands-Plattform „Lobby der Mitte“ KMU-Führungskräfte und Selbständige aus unterschiedlichen Branchen zu Wort kommen (S. 14ff).



Dieser Tage präsentierte auch die „Mittelstands-Allianz“, eine Initiative des Senats der Wirtschaft, ihre österreichweite Kampagne für bessere Rahmenbedingungen. „Als parteipolitisch vollkommen unabhängige Wirtschaftsorganisation ist es unsere Verantwortung, jetzt auf die künftigen Regierungsprogramme Einfluss zu nehmen“, so Hans Harrer, Vorstandsvorsitzender des Senats der Wirtschaft. Mit Anzeigen, Promotion- und Social-Media-Aktivitäten werde eine möglichst umfassende Einbindung der Unternehmerschaft angestrebt. Es könne nicht so bleiben, dass das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft immer stärker unter Druck gerät. Das Land brauche einen Schulterchluss zum Wohle der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen.

Bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen wünscht die a3ECO-Redaktion

„Geht's dem Mittelstand gut, geht's uns allen gut“



**Lobby
der Mitte**

IMPRESSUM

MEDIENINHABER a3 Wirtschaftsverlag GmbH, 2340 Mödling, Wiener Straße 2/1/Top 6, Tel. 02236/425 28, Fax 02236/425 28 22 | www.a3verlag.com **GESCHÄFTSFÜHRER & HERAUSGEBER** Ing. Günter Hofer, Markus Schuster **CHEFREDAKTEURIN** Mag. Birgit Salomon | b.salomon@a3verlag.com **AUTOREN DIESER AUSGABE** Dietmar Hinteregger, Mag. Erika Hofbauer, Dr. Thomas Holzhuber, Mag. Roman Kmenta, Karin Kreutzer, Wolfgang Lusak, Mag. Hubert Thurnhofer, MMag. Dr. Michaela Petritz-Klar **ANZEIGENLEITUNG** Franz-Michael Seidl, Tel. 02236/425 28 DW 14 | f.seidl@a3verlag.com **SEKRETARIAT** Astrid Schiester, Tel. 02236/425 28 DW 39 | abo@a3verlag.com **CONTROLLING/FINANZEN** Prok. Sonja Hofer, Tel. 02236/425 28 DW 13 **MARKETING & DESIGN** Hannes Kaufmann, MSc (Leitung), Ing. Annemarie Melnik, Friedl Hauswirth **HERSTELLER** Leykam Druck GmbH & Co. KG, 7201 Neudorf, Bickfordstraße 21, Tel. 05/9009-3991 **ERSCHEINUNGSWEISE** 10x jährlich **ERSCHEINUNGSORT** 2340 Mödling **EINZELPREIS** 5 Euro (inkl. Porto und 10% MwSt.) **ABONNEMENT** 38 Euro [Ausland 52 Euro] | Das Abonnement verlängert sich bei Nichtkündigung spätestens ein Monat vor Abo-Ende automatisch um ein Jahr. **OFFENLEGUNG GEM. § 25 MEDIENGESETZ:** Gesellschafter Ing. Günter Hofer, Murphy GmbH **ÜBER MURPHY GMBH:** Gesellschafter Markus Schuster (100%) **UNTERNEHMENSgegenstand** Verlag, Herstellung, Herausgabe und Vertrieb von Zeitschriften und sonstigen Druckschriften. **BLATTLINIE** Wir glauben an den unabhängigen Journalismus. Wir möchten darauf hinweisen, dass wir zum Zwecke der besseren Lesbarkeit auf geschlechtsspezifische Formulierungen verzichten. **SAMTLICHE PERSONENBEZOGENEN BEZEICHNUNGEN** beziehen sich auf beide Geschlechter. Für die Richtigkeit der Angaben in ihren Artikeln sowie für von ihnen gelieferte Sujets (Copyrights) sind die Autoren verantwortlich. Ihre Meinung muß sich im Übrigen nicht mit jener der Redaktion decken. **COVER** © iStock | Fotolia